

Heimat. Dazu gehören auch jene, die aus von der Sowjetunion okkupierten ehemals freien Ländern stammen und die keineswegs dorthin zurückwollen, solange dort die Sowjets herrschen, selbst, wenn sie dies nicht mehr erleben sollten. Zumal sie ja befürchten müssen, aufgrund von Gesetzen, die erst nach ihrem Weggang entstanden sind, verurteilt zu werden. Interessant ist dieses Thema deshalb, weil die sojetische Kommission, die nach Liechtenstein kam, zwar von der Schweiz gerufen wurde – indirekt –, dies aber von den Sowjets sorgfältig geplant gewesen war. Denn weil die Schweiz selber Russen – unter anderen – interniert hatte, deren Ausreise in die UdSSR aber nicht erzwingen wollte, wenn sie dies auch sicher als für die Schweiz problemloseste Lösung ansehen würde, drängte sich eine Lösung auf. Die Sowjets hatten nämlich behauptet, die Schweiz behandle die Russen schlecht. Was lag also für die Schweiz näher, als die Sowjets aufzufordern, dieses zu beweisen oder sich selber vom Gegenteil zu überzeugen? Eine solche Kommission kommt nun also auch nach Liechtenstein. Und sie hat, wie dies schon in der Schweiz geschah, auf diese Weise die beste Gelegenheit, genau festzustellen, wer da alles noch existiert und wem sie ihr besonderes Interesse schenken könnte. Und damit der Schweizer Wunsch nach dem Besuch einer sowjetischen Kommission auch nachdrücklich genug als wichtig erscheinen möge, hatte Moskau „Gegenmaßnahmen“ gegen Schweizer Bürger in der UdSSR angekündigt, wenn nicht bewiesen werden könne, daß es den „festgehaltenen“, von der Schweiz angeblich schlecht behandelten Landsleuten gut gehe. Die Schweiz hätte gemäß einem beiderseitigen Abkommen mit Liechtenstein die Russen auch übernehmen können, vertrat aber die Ansicht, daß in diesem Fall Liechtenstein durchaus selber damit fertigwerden könne, und diese Meinung wurde auch vom souveränen Liechtenstein selbst vertreten.

So lädt also nun die liechtensteinische Regierung ebenfalls eine solche Kommission ein. Diese erscheint Mitte August 1945 und fordert bekanntlich die zwangsweise Auslieferung aller, die vor dem 20. 2. 1941 in Rußland gewohnt haben. Offensichtlich wendet sie hier bereits gemachte Erfahrungen bezüglich der Erfolgsaussichten für weitergehende Forderungen an. Die Situation ist sehr gespannt, wie auch schon